

<u>Ihre Gesprächspartner:</u>

Andreas Stangl Dr. Kurt Punzenberger Präsident der AK Oberösterreich Leiter der AK-Bezirksstelle Perg

Bilanz 2023 der AK Perg: 2,2 Millionen Euro für Mitglieder erkämpft

Pressekonferenz Dienstag, 13. Februar 2024, 9 Uhr Arbeiterkammer Perg Das Jahr 2023 war in der AK Oberösterreich sehr arbeitsreich. Viele AK-Mitglieder waren mit arbeitsrechtlichen Verstößen und vorenthaltenen Pensions- oder Pflegegeldansprüchen konfrontiert und kamen zur Beratung. Die Zahl der Insolvenzen nahm zu, im Konsumentenschutz dominierten aufgrund der Teuerungen Energie- und Preisfragen. Insgesamt konnte die AK Oberösterreich für ihre Mitglieder wieder mehr als 105 Millionen Euro erkämpfen.

Das breite Angebot der Arbeiterkammer Oberösterreich – von der Arbeits- und Sozialrechtsberatung und -vertretung über den Insolvenzrechtsschutz, den Konsumentenschutz, die Bildungsberatung bis hin zu den Kulturveranstaltungen – fand im Jahr 2023 großen Anklang bei den Menschen in Oberösterreich. In Summe wandten sich 314.385 Menschen mit ihren Fragen, Anliegen und Problemen an ihre Arbeiterkammer. Insgesamt konnte die AK Oberösterreich 2023 für ihre Mitglieder 105,8 Millionen Euro erkämpfen.

Das größte Problem, das die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im vergangenen Jahr beschäftigte, war nach wie vor die Teuerung, insbesondere beim Wohnen, bei Energie, Mobilität und Lebensmitteln. Die AK machte die Versäumnisse der Bundesund Landesregierung regelmäßig zum Thema und forderte vehement Maßnahmen zur Eindämmung der Preissteigerungen, wie etwa eine echte Mietpreisbremse oder einen Wohnbonus in Höhe von 800 Euro.

Verhandlungslösungen mit Energie AG, Wels Strom GmbH und Verbund AG

Im 1. Quartal 2023 wurden von vielen Stromanbietern die Preise für Bestandskund:innen erhöht, z.B. die Energie AG mit 2. Jänner, Wels Strom GmbH mit 4. Februar und Verbund AG mit 1. März. Die Vorgehensweise und der Umfang warfen rechtliche Fragen auf, die die Arbeiterkammer Oberösterreich gerichtlich klären wollte, um Rechtssicherheit für alle zu schaffen.

Erfreulicherweise konnten langwierige Gerichtsverfahren und Vertragskündigungen vermieden werden. Denn die drei Unternehmen suchten den Dialog und waren zu einer kundenfreundlichen und praktikablen Lösung bereit. Hunderttausende betroffene Kund:innen erhielten noch im selben Jahr Einmalzahlungen zwischen 10 und 125 Euro, je nach Anbieter, Tarif und Jahresstromverbrauch.

Die AK hat auch selbst Geld in die Hand genommen, um den AK-Mitgliedern direkt und unkompliziert zu helfen, und zwar mit zwei neuen finanziellen Direktleistungen:

- Mobilitätsbonus für Lehrlinge in Höhe von einmalig 100 Euro. Um diesen Bonus zu bekommen, müssen die Lehrlinge entweder ein Jugendticket des OÖ Verkehrsverbundes oder ein Klimaticket haben. Mit dem Bonus sollen die jungen Menschen auch zur häufigeren Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel motiviert werden.
- Betreuungsbonus in Höhe von einmalig 150 Euro für Eltern, die auf kostenpflichtige Kinderbetreuung angewiesen sind. Hier bleibt die AK auch politisch auf Konfrontationskurs mit dem Land: Zum einen fordert sie die kostenlose Kinderbetreuung ab dem 2. Lebensjahr, zum anderen den Ausbau der Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen, die Vollzeitarbeit ermöglichen. Hier hinkt Oberösterreich weiterhin hinterher.

Blick nach vorne: AK-Wahl 2024

Von 5. bis 18. März finden in Oberösterreich die Arbeiterkammer-Wahlen statt. Rund 570.000 Wahlberechtigte sind aufgerufen, ihr Parlament der Arbeitnehmer:innen – die AK-Vollversammlung – zu wählen. Je mehr Menschen zur Wahl gehen, desto stärker ist die AK. Und nur eine starke AK kann die Rechte der Arbeitnehmer:innen gegenüber den Unternehmen und der Politik durchsetzen.

Die Vollversammlung ist das höchste Gremium der AK. Es besteht in Oberösterreich aus 110 Kammerrätinnen und Kammerräten und wird alle fünf Jahre neu gewählt. Die Vollversammlung beschließt die Grundzüge für die Interessenpolitik, das Budget und wie dieses für die Mitglieder eingesetzt wird. Alle Infos zur AK-Wahl: ooe.arbeiterkammer.at/wahl

Rat und Hilfe in der AK Perg

Insgesamt 28.639 AK-Mitglieder leben im Bezirk Perg. Viele von ihnen nutzen die Leistungen der Arbeiterkammer. Ob rasche Hilfe bei arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten oder bei Fragen rund um Weiterbildung: Das Beratungsangebot in der AK Perg findet großen Anklang in der Bevölkerung. Das zeigt auch die Statistik. Insgesamt 5.600 Beratungen haben die AK-Expert:innen im Jahr 2023 durchgeführt. Davon 3.578 telefonisch, 1.756 vor Ort in der Bezirksstelle und 266 schriftlich.

Die AK-Mitglieder wandten sich vor allem mit Fragen zu den Themen Entgelt, Invaliditätspension, Sonderruhegeld, Mutterschutz und Karenz, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkündigung sowie zur Altersteilzeit an die AK Perg.

2,2 Millionen Euro für Mitglieder im Bezirk Perg erkämpft

2023 wurden 1.727 Rechtsberatungen in der Bezirksstelle Perg durchgeführt. Ein großer Teil der Anliegen der Mitglieder kann durch die Beratung abgewickelt werden. Manchmal ist es jedoch notwendig, rechtliche Schritte einzuleiten, um den Beschäftigten zu ihren Ansprüchen zu verhelfen. 148 Arbeitsrechtsfälle konnten die Jurist:innen der AK Perg im Jahr 2023 abschließen. Diese teilen sich auf in 114 Rechtshilfe-Fälle, in denen eine Intervention seitens der AK ausreichend war, und 34 Rechtsvertretungen, bei denen die AK für ihre Mitglieder vor Gericht gezogen ist. In Summe wurden 724.042 Euro erkämpft, davon 546.794 Euro außergerichtlich und 177.248 Euro gerichtlich. Die Zahlen bestätigen auch, dass es einen Unterschied macht, ob ein Betrieb organisiert ist oder nicht. Denn: 111 der 148 Rechtsfälle entfallen auf Beschäftigte, die in einem Unternehmen ohne Betriebsrat arbeiten.

Darüber hinaus wurden 75 Sozialrechtsfälle bearbeitet und im Zuge dessen 1.161.297 Euro für die Mitglieder erstritten. Bei den Sozialrechtsfällen handelt es sich zum Großteil um Pensions- oder Pflegegeldangelegenheiten. Zusätzlich wurden für 38 Beschäftigte aus zehn insolventen Betrieben im Bezirk 325.959 Euro durchgesetzt. Rund 2,2 Millionen Euro hat die AK Perg für ihre Mitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Fällen sowie in Insolvenzverfahren erkämpfen können. Das zeigt, wie wichtig eine regionale Anlaufstelle ist. Damit alle Mitglieder möglichst einfach zu ihrem Recht kommen, setzt die AK ganz bewusst bei ihren Serviceleistungen auf Wohnortnähe. Sie bietet ihnen die Möglichkeit, sich Rat und Hilfe direkt in ihrer Region zu holen.

Volles Engagement - auch für die kleinen Beträge!

In ihrem Engagement für die Beschäftigten macht die AK keinen Unterschied, ob es um große oder kleine Beträge geht. Ziel ist es immer, den Arbeitnehmer:innen zu ihrem Recht zu verhelfen. Der kleinste Erfolg in einem Arbeitsrechtsfall betrug 67 Euro für eine Beschäftigte aus dem Bezirk.

Ein Fall aus dem Arbeitsrecht: 13.500 Nachzahlung bei Abfertigung erkämpft

Eine Frau aus dem Bezirk Perg hatte von 1999 bis zu ihrer ersten Karenz im Jahr 2014 immer Vollzeit gearbeitet. Während der Karenz ihres ersten Kindes bekam die Frau ihr zweites Kind. Danach stieg die Arbeitnehmerin wieder in den Beruf ein – in Form von Elternteilzeit. Bis zur Geburt ihres dritten Kindes arbeitete sie 30 Stunden pro Woche. Und auch nach der dritten Karenz stieg sie wieder mit Elternteilzeit für 30 Stunden in den Job ein. Nachdem der Kündigungsschutz nach vier Jahren endete, wurde die Frau von ihrem Dienstgeber gekündigt – und bekam zu wenig Abfertigung ausgezahlt. Denn: Die Abfertigung wurde mit 30 Stunden pro Woche berechnet. Gemäß Angestelltengesetz ist die Abfertigung jedoch mit Vollzeit (40 Stunden) zu berechnen. Zum Glück wandte sich das Mitglied an die Arbeiterkammer Perg. Die Rechtsexpert:innen schritten für die Arbeitnehmerin ein und konnten eine Nachzahlung von rund 13.500 Euro für sie erkämpfen.

Ein Fall aus dem Sozialrecht: Von Pflegestufe 3 auf 6

Nicht eine, nicht zwei, sondern gleich drei Stufen höheres Pflegegeld konnte die Arbeiterkammer Perg für eine Frau aus dem Bezirk erkämpfen. Der Antrag auf ein höheres Pflegegeld wurde bereits im März 2023 gestellt. Zu diesem Zeitpunkt lag bereits ein Befund über schwere Demenz vor. Die PVA hatte im ärztlichen Gutachten vom April 2023 den Erschwerniszuschlag für Demenz jedoch nicht gewährt. Die Tochter – die sich auch um die Pflege der Frau kümmert – wandte sich an die AK Perg. Der Sachverständige hatte bei der Pflegebedürftigen psychische Behinderungen und Defekte festgestellt und den Erschwerniszuschlag gewährt. Denn: Die Frau leidet unter Orientierungsstörungen, Denkstörungen, schweren Einschränkungen des Urteilsvermögens sowie unter einer Störung der emotionalen Kontrolle, die auch zu tätlichen Aggressionen führt.

AK Perg- Serviceangebot

Öffnungszeiten

Montag bis Donnerstag: 7:30 bis 16 Uhr Freitag: 7:30 bis 13:30 Uhr

Persönliche Beratung: Während der Öffnungszeiten Terminvereinbarung unter Tel. 050/6906-4711

Telefonische Beratung: Während der Öffnungszeiten unter Tel. 050/6906-1 – aus ganz Oberösterreich

Bildungsberatung: Jeden zweiten Dienstag nach Terminvereinbarung unter Tel. 050/6906-4711

Kontakt

Hinterbachweg 3

4320 Perg

Tel: 050/6906-4711

E-Mail: perg@akooe.at

Homepage: ooe.arbeiterkammer.at/perg